

# Wirtschaft

TUI UND LUFTHANSA  
GREIFEN AIR BERLIN AN.

WIRTSCHAFT, SEITE 27

## Nachrichten

### Carlo Colucci plant Outlet-Center

Herrieden – Die Regierung von Mittelfranken hat das Raumordnungsverfahren für ein geplantes Factory-Outlet-Center (FOC) der Firma „Carlo Colucci“ in Herrieden eingeleitet. In unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrem dort bestehenden Direktverkauf will die Firma das FOC mit einer Gesamtverkaufsfläche von rund 8000 Quadratmetern errichten. Der geplante Standort liegt an der A6, Autobahnausfahrt Herrieden, im Gewerbegebiet Regmannsdorf. *z1*

### Stadt Hagen verklagt die Deutsche Bank

Hagen – Die Stadt Hagen und zwei Tochtergesellschaften haben wegen eines befürchteten 57-Millionen-Euro-Verlustes aus riskanten Spekulationsgeschäften die Deutsche Bank auf Schadenersatz verklagt. Die Stadt wirft der Bank vor, sie nicht ausreichend über die Risiken der Geschäfte beraten zu haben. Dabei ging es um die Verringerung von Zinszahlungen für langfristige Kredite. Die Zinsentwicklung lief jedoch anders als erhofft. *dpa*

### Absage aus der EU an ein Konjunkturprogramm

London – Die vier großen EU-Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien haben einem Konjunktur-Notprogramm wie in den USA eine Absage erteilt. Es bestehe aus Sicht der „EU-Vier“ im Moment keine Notwendigkeit für eine konjunkturelle Stimulierung aufgrund der Börsenturbulenzen, verlautete aus Kreisen der Bundesregierung in Berlin. Zur Bewältigung der Finanzmarktkrise stünden zuerst die privaten Marktakteure in der Pflicht. Die Banken würden aufgefordert, relativ schnell ihre Risiken aus Geschäften mit US-Immobilienkrediten offenzulegen. *dpa*

### Goldpreis erreicht ein neues Rekordhoch

Frankfurt/Main – Der Goldpreis hat gestern bei 933,25 US-Dollar je Feinunze (31,1 Gramm) einen neuen Rekordstand erreicht. Als Gründe führten Händler die Schwäche des Dollars, stabile Ölpreise und die Erwartung einer weiteren Zinssenkung in den USA an. Sorge über einen Abschwung in den USA hätten dazu geführt, dass viele Anleger verstärkt in Gold investierten. Experten rechnen damit, dass der Preis bald die 1000-Dollar-Marke erreiche. *ddp*

## Zahl des Tages

35

**Übernahmen** mittelständischer Firmen vermelden die Finanzinvestoren in Deutschland im letzten Jahr – ein Rekord. Insgesamt belief sich der Wert dieser Geschäfte auf 3,7 Milliarden Euro. Die Finanzmarktkrise hat also nicht gebremst. 2008 erwartet die Private-Equity-Branche trotz „Gegenwind“, wie es die Deutsche Beteiligungs AG (DBAG) gestern in Frankfurt formulierte, ein weiteres Wachstum der Branche. *dpa*

## Ebbe im Bierglas



## Bierdurst der Deutschen lässt nach

**GETRÄNKE** Der Absatz sank auch im letzten Jahr wieder. Beliebter geworden sind aber Mischungen mit Limonade. Der Preis für Premium-Marken soll schon im Februar steigen.

Wiesbaden – Die Lust der Deutschen auf Bier ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sank der Absatz der Brauereien und Bierlager für den Inlandsverbrauch im Vergleich zu 2006 um 3,7 Prozent auf 88,5 Millionen Hektoliter. Der seit Jahren rückläufige Trend beim Bierabsatz wurde nur 2006 durch die Fußball-WM vorübergehend gestoppt. Beliebter geworden sind Mischungen von Bier etwa mit Limonade, Cola oder Fruchtsäften. Deren Verkauf

stieg im Vergleich zu 2006 um gut 18 Prozent und machte mit 4,2 Millionen Hektolitern einen Anteil von 4,0 Prozent am gesamten Bierabsatz aus. Insgesamt gibt es mehr als 25 Biersorten und etwa 5000 Marken und gut 1280 Braustätten in Deutschland. Gut 85 Prozent des Bierabsatzes gingen in das Inland.

Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland lag 2006 bei mehr als 112 Litern. Am meisten wurde in Nordrhein-Westfalen und Bayern ver-

kauft. Diese Bundesländer haben mit 26,0 und 21,9 Prozent auch den größten Anteil am Inlandsabsatz. Weltmeister im Biertrinken sind mit 157 Litern pro Kopf die Tschechen.

Die schlechte Kunde für Biertrinker: Die Brauerei Veltins aus dem Sauerland bekräftigte, dass es bei Markenbieren in der Branche zu Preiserhöhungen kommen werde. Bereits im Februar sollen sogenannte Premiumbiere um einen Euro je Kasten teurer werden. *dpa*

## Tipps aus Franken für die Welt

**UNTERNEHMENSBERATUNG** Das im Landkreis Bamberg ansässige Michel-Institut betreut auch Projekte in fernen Ländern. Geld dafür gibt es aus Fördertöpfen der Entwicklungshilfe.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
MATTHIAS LITZLFELDER

Rattelsdorf – Unternehmensberater gibt es viele. Auch das Michel-Institut bietet sich an, anderen Firmen beratend zur Seite zu stehen. Stolz ist die in Rattelsdorf (Landkreis Bamberg) ansässige Unternehmensberatungs GmbH aber auf ihre Historie. „Das Michel-Institut ist wahrscheinlich die älteste Unternehmensberatung in Deutschland“, vermuten die beiden Gesellschafter Christian Reinfelder und Axel Tschache.

1920 hatte Eduard Michel die Idee dazu und gründete in Berlin seine eigene Firma. Eine Weitergabe des Unternehmens an Familienmitglieder, wie in Industriebranchen üblich, schied bei dieser Form der Dienstleistung zumeist aus. So führten in der Regel einige Mitarbeiter die Firma weiter – bis heute. Seit 1988 ist sie in Rattelsdorf ansässig. Der klangvolle Name findet nach wie vor Verwendung.

### Renommierte Kunden

Rund 25 angestellte und freiberufliche Mitarbeiter beraten andere Firmen bei Themen wie Kosteneinsparung, Produktivitäts- und Qualitätssteigerung. Das Angebotsspektrum des Michel-Instituts umfasst daneben aber auch das Schulen von Unternehmern. Und als drittes Kerngebiet hat sich das Rattelsdorfer Unternehmen darauf spezialisiert, andere Firmen bei der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen und Standards zu

beraten, zum Beispiel Banken bei den Mindestanforderungen die das Kreditwesen an diese stellt. Hierzulande zählen zu den Kunden des Michel-Instituts bekannte Namen wie die Deutsche Bank, die Landesbank Baden-Württemberg, Novartis, Pfeilderer oder Edeka. Seit 2002 ist das Beratungsunternehmen aber auch verstärkt im Ausland tätig. Es wurden bereits Projekte in Marokko, Russland, Tunesien oder China realisiert. In Marokko zum Beispiel ging es im Jahr 2003 darum, die marokkanische Elektroindustrie zu beraten. „Wir haben damals ein Außenhandelsabkommen und das Anti-Dumpinggesetz mit ausgehandelt“, erinnert sich Prokurist Tschache.

„Es geht darum, philippinische Unternehmen exportfähig für die EU zu machen.“

CHRISTIAN REINFELDER

Derzeit betreut sein Kollege Christian Reinfelder erneut ein Auslandsprojekt. Vergangenen Sonntag flog der geschäftsführende Gesellschafter für eine Woche auf die Philippinen. Dreimal war er schon da.

Seit einem knappen Jahr lautet die Aufgabe für ihn und eine Mitarbeiterin, philippinische Berater in internationalen Lebensmittelsicherheitsstandards zu unterweisen. Von Vorteil ist dabei, dass beim Michel-Institut Berater mit den unterschiedlichsten Ausbildungen zu finden sind – vom klassischen Betriebs-



Christian Reinfelder zeigt dem Kollegen Axel Tschache auf einer Internet-Landkarte, wo er sich in dieser Woche aufhält. Der Unternehmensberater flog vergangenen Sonntag auf die Philippinen. Foto: Matthias Litzlfelder

wirt über den Ingenieur bis hin zum Psychologen. Wenn es um Lebensmittel geht, kennt sich wiederum Reinfelder besonders gut aus. Der Geschäftsführer ist Diplom-Ökotronologe. „Es geht darum, philippinische Unternehmen exportfähig für die EU zu machen, damit diese Fisch, Obst oder Fruchtsäfte hier einführen können“, erklärt er. Bei Reinfelders kurzen Besuchen auf der Inselgruppe werden zehn Pilotunternehmen geschult. In der Zeit zwischen seinen Aufenthalten geben diese ihr Wissen an andere Firmen weiter. „Das ist wirtschaftliche Entwicklungshilfe. Gewissermaßen eine Hilfe zur Selbsthilfe“, sagt

Reinfelder. Im April wird das Projekt abgeschlossen sein. Dann besitzen die Philippinos die Zertifizierung, um ihre Lebensmittel problemlos in die EU zu importieren.

### Niedrige Honorare

Das Geld für solche Projekte kommt aus Fördertöpfen von EU oder Weltbank. Zwar liegen die Honorare laut Michel-Institut weit unter denen, die in Deutschland gezahlt werden. Aber „die Auslandsprojekte sind wichtig für uns, um Erfahrungen zu sammeln und später deutsche Firmen beim Schritt ins Ausland zu beraten“, sagt Tschache.

## „CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch schärfer regeln“

Berlin – Umweltverbände fordern eine deutliche Verschärfung der von der EU-Kommission geplanten Klimaschutzvorgaben für Autos. Neufahrzeuge, die von 2015 an festgelegte Kohlendioxid-Grenzwerte überschreiten, sollten nicht mehr zugelassen werden, verlangten der Verkehrsclub Deutschland (VCD), die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund (NABU) gestern in Berlin. Der von Brüssel als Abgas-Durchschnitt für die Autoflotte der EU vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Grenzwert von 120 Gramm je Kilometer müsse spätestens 2012 starten, forderte VCD-Experte Gerd Lottsiepen. Das EU-Parlament hatte sich für einen Start erst 2015 ausgesprochen. Zudem verlangen die Verbände einen Zielwert für 2020 von im Schnitt nur noch 80 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Die Umweltverbände stellten sich gegen die Bundesregierung, der die Forderungen der EU-Kommission im Interesse der deutschen Autobauer zu weit gehen. Die spritschluckenden Karossen aus Deutschland müssten schärfer als geplant herangezogen werden. *dpa*

## Dämpfer für Weltwirtschaft

Washington – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft und der wichtigsten Regionen in diesem Jahr zum Teil deutlich gesenkt. Wie der IWF gestern bei einer Aktualisierung seines „World Economic Outlook“ (WEO) mitteilte, rechnet er für 2008 nur noch mit einem Wachstum der Weltwirtschaft von 4,1 Prozent. Damit wurde die bisherige Prognose um 0,3 Prozentpunkte zurückgeschraubt. Der IWF führte die Abwärtsrevision vor allem auf die Folgen der Finanzkrise zurück, die in den USA ausgelöst wurde. Für die US-Wirtschaft rechnet der IWF für 2008 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von nur noch 1,5 Prozent, für den Euroraum wird mit einem Anstieg um 1,6 Prozent. *ddp*

## Bei Fonds fehlt Klarheit

Frankfurt/Main – Die Transparenz bei Fondsgesellschaften lässt nach Ansicht von Aktionärsschützern vielfach noch zu wünschen übrig. „Es ist besser geworden, aber es muss noch besser werden“, sagte der Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), Jürgen Kurz. Er stellte eine Umfrage vor, die zeigt, wie es Fondsgesellschaften mit sogenannter Corporate Governance halten. In der Praxis sehen die Aktionärsschützer fehlende Transparenz – gegenüber Aktionären ebenso wie intern zwischen Fondsmanager und Aufsichtsgremien. Diese würden nicht genügend informiert.

Mehr im Netz [www.dsw-info.de](http://www.dsw-info.de)